Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 251. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 31. Mai 1906.

Die letzte Interpellation.

Die Konservativen als Hüter der Verfassung! Man sollte es nicht für möglich halten und doch war es so. Heimisch allerdings fühlten sich die Junker nicht auf dem ihnen neuen Terrain, und die Gelegenheit, bei der sie ihre Verfassungsbedenken hervorkehrten, ist außerdem geeignet genug, um starkes Mißtrauen in die junkerliche Aktion zu setzen. Sonst die intimsten Verteidiger des Gedankens des Gottesgnadentums, sollten sie auf einmal ihr parlamentarisch-konstitutionelles Herz entdeckt haben? Mindestens wäre diese Entwicklung der preußischen Rechten äußerst interessant. Aber von einer Mauerung unserer Konservativen ist wohl überhaupt nicht ernstlich zu reden. Der leitende Gesichtspunkt der Junker ist allemal derselbe: „Der König absolut, wenn er unseren Willen tut." Diesmal hat die Krone nicht nach dem Willen der Junker gehandelt, sie verstand sich zur Diätenbewilligung, ohne die Bedenken der preußischen Konservativen zu den ihrigen zu machen. Die erste Folge dieses Zwistes war im Landtage die Interpellation, in der die Regierung ein Tadelsvotum der konservativen preußischen Landtagsmehrheit erhielt und die gleichzeitige Folge im Reichstage war die Ablehnung des Kolonialamtes, sowie diejenige der wesentlicheren kolonialen Nachtragsforderungen, die, wie sich immer mehr herausstellt, durch das unentschuldigte Fehlen der Konservativen veranlaßt worden ist. Die Konservativen wollten offenbar der Regierung durch die erste Abstimmung im Reichstage nach der Diätenbewilligung zum Bewußtsein bringen, daß die Diäten ihr einen oppositionellen Reichstag geschaffen haben. Dieser Gedanke wird auch in der konservativen Presse so laut verkündet, daß man sich des Eindrucks nicht länger erwehren kann, daß die Konservativen mit bewußter Absicht der Regierung, wie sie ihr im Landtage ein Mißtrauensvotum aussprachen, im Reichstage bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine ernstliche Ungelegenheit bereiten wollten.

Die staatsrechtlichen Bedenken der Konservativen gegenüber dem bei der Einführung von Reichstagsdiäten beliebten Verfahren sind sachlich nicht unbegründet. Der korrektere Weg wäre es jedenfalls gewesen, bei dieser Gelegenheit eine Einflußnahme auf die Diätenrechte der einzelstaatlichen Abgeordneten, die diesen Abgeordneten durch die einzelstaatlichen Verfassungen gewährleistet sind, zu vermeiden, jedenfalls aber hätten die Besitzer der Rechte, die Diätenempfänger der einzelstaatlichen Landtage, vorher darüber gehört werden müssen, ob sie bereit sind, auf ihren Diätenbezug zu verzichten. Es war nicht notwendig, über diese Rechte ohne Fühlungnahme mit ihren Besitzern, wie das seitens der Verbündeten Regierungen geschehen ist, zu verfügen. Es sind einzelstaatliche Rechte angetastet worden, und zwar mit einer Ungenierthheit gegenüber den alten Besitzern dieser Rechte, die tatsächlich den laut gewordenen Widerspruch rechtfertigt. Diese Frage hat auch mit der in den Vordergrund geschobenen Instruktionsbefugnis für den Bundesrat, wie sie Minister Delbrück verfocht, eigentlich gar nichts zu tun; die Instruktionsbefugnis kann nicht so weit gehen, über Rechte anderer, die verfassungsmäßig festgelegt sind, einseitig Instruktionen zu erteilen, sondern sie muß sich auf den Rahmen der Rechte beschränken, welche der Regierung bezw. der Krone durch die Verfassung zuerkannt sind. Die jetzt entstandene Kalamität konnte auf zweierlei Weise vermieden werden, zunächst indem man verfassungsmäßig korrekt vorging, und über die eventuelle Preisgabe einzelstaatlicher Diätenansprüche die einzelstaatlichen Landtage vorher befragte, oder indem man es überhaupt vermied, bei der Einführung der Reichstagsdiäten die Beseitigung von Doppeldiäten für Reichstag, Landtag und sonstige einzelstaatliche Körperschaften zu erstreben. Eine Verquickung dieser beiden Diätenkomplexe miteinander war durchaus nicht erforderlich.

Hier rächt sich nun die seitherige Politik der Konservativen an ihnen selbst. Sie, die sonst stets die Konstituierung einer Verantwortlichkeit der Minister abgelehnt haben, und stets die Prärogative der Krone im Munde führten, können doch nun unmöglich ohne in inneren Widerspruch mit sich selbst und ihrer Vergangenheit zu geraten, plötzlich mit konstitutionellen Bedenken gegen das Ministerium Sturm laufen. Tun sie es aber jetzt, so müssen sie sich doch auch in Zukunft rückhaltlos auf den Boden des Konstitutionalismus stellen, was sie voraussichtlich aber nur dann tun, wenn es zu ihrer Interessenpolitik paßt. Für gänzlich sogelnlos kann man indes, wie es vielfach geschieht, die entschiedene Stellungnahme der konservativen Mehrheit gegen das preußische Kabinett nicht erachten. Manche Symptome lassen darauf schließen, daß die preußischen Junker bestimmte Pläne und Absichten verfolgen, die man deutlicher vermutlich im Laufe dieses Sommers erkennen dürfte. Ihre Interpellation im Abgeordnetenhause und die durch ihr Fehlen im Reichstage bewirkte Ablehnung des Reichskolonialamts war nur das erste Signal. Die kürzlich vom Abg. von Oldenburg gerittene Husarenattacke gegen die süddeutschen Bundesstaaten gab bemerkenswerten Aufschluß über die augenblickliche Stimmung im Lager der Reaktion. Etwas Gutes kann daraus jedenfalls nicht hervorgehen.

F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Rücktritt des preußischen Kultusministers Studt wird angeblich für den Herbst sicher erwartet.

Prinz Albrecht von Preußen.

Wie dem „L.-A." aus Madrid gemeldet wird, soll bei dem Empfange der zur spanischen Königshochzeit entsandte Prinz Albrecht von Preußen infolge der drückenden Schwüle einen leichten Ohnmachtsanfall erlitten haben. Dr. med. Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern leistete ihm ärztliche Hilfe. Der Anfall ging ohne weitere Folgen bald vorüber.

Zur Ablehnung des Bahnbaues Kubub-Keetmanshoop

durch den Reichstag schreibt man der „Köln. Volksztg." aus parlamentarischen Kreisen:

Die Ablehnung erfolgte im Reichstage nach den aufreizenden Reden der Herren Dr. Arendt, Dr. Semler und Oberst v. Deimling mit der ungewöhnlich großen Mehrheit von 186 gegen 95 Stimmen. Selten hat die Kolonialverwaltung eine so eklatante Niederlage im Reichstage erlitten als in dieser Frage. Der Reichstag hatte im Januar den Bau einer Bahnstrecke von Lüderitzbucht nach Kubub im Süden des Schutzgebietes von Südwestafrika bewilligt, um die Verpflegung der Truppen dadurch zu erleichtern, daß er die Bahnbeförderung durch den die südwestafrikanische Küste umgebenden Sandwüstengürtel, welcher bekanntlich 60—70 km breit ist und nur unter unendlichen Schwierigkeiten mit Ochsenwagen durchfahren werden kann, bis Kubub ermöglicht. Diese Strecke wird bis zum 1. November notdürftig fahrbar und soll bis 1. Mai 1907 völlig ausgebaut sein. Sie kostet etwa 8 Millionen Mark. Kaum ist jedoch diese erste Strecke im Bau, so fordert die Kolonialverwaltung eine erste Rate für eine weitere Fortsetzung von Kubub bis Keetmanshoop mit 5 Millionen. Die gesamte Strecke soll nach einem ganz oberflächlichen Kostenanschlage etwa 22 Millionen kosten. Hinter diesem Projekte steht dann das weitere Projekt Keetmanshoop bis Nietfontein, dessen Kosten auf 30 Millionen Mark geschätzt werden, das gäbe im ganzen für die Strecke von Lüderitzbucht bis Nietfontein, d. h. bis zur englischen Grenze rund 60 Millionen Mark Kosten. Außer den militärischen Gründen, die schon für die Strecke Lüderitzbucht—Kubub geltend gemacht wurden, wurde angeführt, daß die Bahn den Süden auch wirtschaftlich erschließen könne. Es wurde jedoch festgestellt, daß im ganzen Süden keine Kultur mehr besteht, kein einziger Weißer mehr lebt außer den Truppen, und daß also wirtschaftliche Interessen dort gar nicht zu wahren sind; auch die Wasserverhältnisse sind so schlecht, daß nicht einmal das Wasser zur Speisung der Lokomotiven beschafft werden könnte. Zudem würde die Bahnstrecke Kubub—Keetmanshoop erst am 1. Mai 1909 fertiggestellt sein und wenn man die militärische Besatzung des Südens der paar hundert Räuber wegen bis dahin aufrechterhalten wollte, würden dafür allein 200 Millionen Mark weitere Ausgaben entstehen! Abg. Dr. Arendt hatte die Kühnheit, die Behauptung aufzustellen, daß ein Kilogramm bis Keetmanshoop 70 Mark Fracht koste, nach Herstellung der Bahn jedoch nur 4 Pfennig. In Wirklichkeit stellt sich das Kilogramm Fracht bis Keetmanshoop jetzt allerdings über Kapland auf 50—50 Pfennig (nicht 70 Mark) und wird sich nach Fertigstellung der Bahn bis Kubub, die, wie erwähnt, schon im Bau ist, auf etwa 20—30 Pfennig ermäßigen. Die Bahn bis Keetmanshoop wurde trotz aller Befürwortung von der weitaus größten Mehrheit des Reichstags abgelehnt, weil man sie wirtschaftlich für völlig wertlos hält und auch aus militärischen Rücksichten für unbegründet, da die dauernde Besetzung der Südgrenze mit großer Truppenmacht als eine durchaus verkehrte Maßregel angesehen wird.

An einer anderen Stelle des rheinischen Zentrumsblattes heißt es:

Die Abstimmungen vom Sonnabend können nur richtig gewürdigt werden, wenn man sie als den schärfsten Ausdruck der Unzufriedenheit mit der bisherigen Wirtschaft in den Kolonien und im Berliner Kolonialamt auffaßt, welche durch die jüngsten Ereignisse aufs höchste gestiegen war. Es muß ein Ende nehmen, und es muß vor allem jetzt dem Reichsschatzamt der Rücken gestärkt werden, daß es nicht wieder durch zu große Nachgiebigkeit gegenüber allen möglichen Kolonialforderungen unsere eben einigermaßen geordneten Finanzen wieder in Unordnung geraten läßt! Was not tut, ist ein Lenker des Kolonialamtes, welcher endlich gehörig Wandel schafft und endlich einmal beginnt, Maß zu halten in den finanziellen Forderungen an die deutschen Reichsmittel. Nur dann wird die Kolonialverwaltung das in weitesten Kreisen geschwundene Vertrauen wieder herstellen können.

Zur Ablehnung des Kolonialamts

macht die freisinnige „Lib. Korr." folgende Rechnung auf: „Die Vorlage ist mit 142 gegen 119 Stimmen gefallen. Im vollbesetzten Hause würde, da sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und des Zentrums mit seinem elsässischen und welfischen Anhange, für die Vorlage stimmten, eine wenn auch schwache Mehrheit von nur wenigen Stimmen für die Forderung vorhanden gewesen sein. Diese knappe Mehrheit hätte aber schon dadurch eine wesentliche Verstärkung erfahren müssen, daß erstens acht Zentrumsmitglieder für die Vorlage stimmten, sechs sich der Stimme enthielten und 22 Mitglieder der Partei fehlten; dazu kommt, daß die zwölf fehlenden Sozialdemokraten die Stimmen der Opposition weiter schwächen mußten. Es waren also alle Vorbedingungen dafür gegeben, daß die Forderung auch in dritter Lesung eine Mehrheit gefunden hätte. Daß das nicht geschehen ist, hat einzig und allein die rechte Seite des Hauses, die jetzt schon solche hohen Töne nationaler Entrüstung anschlägt, verschuldet, die zum Teil bei der Abstimmung einfach gestreikt hat. Allein von den Konservativen fehlten nicht weniger als 25 Mitglieder, d. h. beinahe die Hälfte der Fraktion. Es ist die Vermutung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es sich hierbei um eine beabsichtigte Obstruktion der Konservativen gehandelt hat, welche sich über die Folgen ihrer törichten Handlungsweise allerdings nicht ganz klar gewesen zu sein scheinen."

Die Schuld der Konservativen an der Ablehnung des Kolonialamts wird auch von der „Deutschen Tageszeitung" hervorgehoben. Das bündlerische Blatt schreibt: „Einen großen

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Zur Hundertjahrfeier des deutschen Papiergeldes.

(1. Juni 1806.)

Von Kurt Hartung.

Vor einigen Wochen ereignete sich ein aufregender und ergötzlicher Vorfall in einem Berliner Postamte, als dort ein Bankkehrling den Betrag einer Postanweisung mit neu ausgegebenen Banknoten bezahlen wollte, von deren Existenz den Jüngern Stephans noch nichts bekannt war. Der schneidige Postamtsvorstand verweigerte natürlich die Annahme der Noten, und wollte sogar den gefährlichen Notenfälscher festnehmen lassen, als glücklicherweise ein anwesender Beamter vorschlug, bei der Reichsbank telephonisch anzufragen, worauf natürlich der ganze Spuk eine rasche, harmlose Lösung fand. Dieses tragikomische Intermezzo bei der sonst wenig beachteten Einführung der neuen Noten gibt vielleicht besser und instruktiver als alle historischen Rückblicke ein Bild und einen Vergleich für die Vorgänge, die sich vor jetzt genau 100 Jahren abgespielt haben in den Tagen, als Preußen mit dem ersten Papiergelde beglückt wurde. Was heutzutage durch das Ungeschick eines schlecht informierten Beamten bewirkt wurde, war damals allgemein an der Tagesordnung. Während heute jeder, der die Banknote als solche erkennt, dieselbe anstandslos annimmt — vielleicht sogar lieber, als das in größeren Mengen unbequem zu tragende Gold —, hat damals jeder, der die Note und die Verhältnisse der emittierenden Bank kannte, die Annahme verweigert, oder wenn er nicht anders konnte, schleunigst deren Umwechslung in blankes Gold oder Silber bewirkt. Und das mit vollem Fug und Recht. Denn die Zweifel, ob die Bank den Verpflichtungen werde gerecht werden können, waren durchaus berechtigt und fanden in der im Oktober 1806 erfolgten Zahlungseinstellung der Preußischen Bank, oder wie sie damals eigentlich hieß, der Königlichen Giro- und Lehnbank ihre traurige Bestätigung.

Wie alle hundertjährigen Gedenktage, die wir in diesem Jahre in Deutschland begehen, bedeutet also auch dieser — die Erstehung des deutschen Papiergeldes — eine traurige Erinnerung, ein Wahrzeichen für die fast beispiellose Erniedrigung und Zerrüttung, in die uns ein veraltetes System, eine den Interessen des Volkes entfremdete Regierung getrieben hatten. Schon in dem vorangegangenen Jahrzehnt, von 1795 an, war an Stelle der unter Friedrich dem Großen in den preußischen Kassen bestandenen Flut eine gewaltige Ebbe eingetreten, die mehr als alles andere die Politik Friedrich Wilhelms II. und des Dritten hemmte, und die trotz aller Versuche und Anleihen nicht zu bannen war. Während es vor 1792 überhaupt keine preußische Staatsschuld gegeben hatte, wurde in den folgenden Jahren an allen verfügbaren Stellen, in Frankfurt, in Holland, beim Kurfürsten von Hessen usw. Anleihen entriert, die bei der notorischen Klemme nur zu sehr drückenden Bedingungen und nur in sehr kleinen Beträgen zu erlangen waren. Vollends unhaltbar wurden die Zustände im Jahre 1806, wo alle Welt bereits den unvermeidlichen Ausbruch des Krieges voraussah. Vergebens suchten Emissäre des Königs in Frankfurt, Basel, Münster und Danzig noch einmal dem preußischen Staate Geld zu verschaffen. So blieb denn, auf Rat des Ministers von Stein, nichts anderes übrig, als, dem Beispiel anderer Staaten folgend, Papiergeld auszugeben und zwar wurden am 1. Juni 1806 erst fünf Millionen Taler in Verkehr gebracht, denen bald darauf weitere fünf Millionen folgten. Daß dieses Papiergeld — Tresorscheine war die offizielle Bezeichnung — höchst mißtrauisch aufgenommen wurde, ist nach dem Gesagten begreiflich, und diese Noten wurden erheblich unter ihrem nominellen Werte umgesetzt, weil jeder froh war, wenn man die unheimlichen Gesellen, auch mit Schaden, gegen bares Geld vertauschen konnte. Auch Erklärungen des Staates, daß er sie bei öffentlichen Zahlungen an Geldesstatt annehme, fruchteten wenig. Diese Tresorscheine bildeten in den ihren Ausgaben folgenden ersten Jahren mit ihren vielen Schwankungen ein Hauptspekulationsobjekt auf der damals noch in ihren Anfängen befindlichen Berliner Börse. Man kann sich ein Bild von der ungeheuren Entwertung des preußischen Staatskredits im Zusammenhange mit dem Kriege 1806 machen, wenn man hört, daß diese preußischen Tresorscheine, die man im Juni vollgültig ausgegeben hatte, im Oktober desselben Jahres zu 27 Proz. gehandelt wurden, daß also drei Viertel ihres Wertes in knapp 5 Monaten verloren gegangen war. Und diese Entwertung war nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung. Denn erst im Jahre 1810 konnten die Tresorscheine unter dem günstigen Eindruck der Hardenbergschen Finanzreformen wieder einen Kurs von 94 Proz. erreichen, der aber von 1812 bis 1813 wiederum so tief sank, daß die preußischen Tresorscheine am 18. Juni 1813 den niedrigsten Stand, den preußisches Papiergeld überhaupt je hatte, verzeichneten und zwar einen Kurs von 24 Proz. Ueber zwei Jahrzehnte hatte es dann gedauert, bis die Finanzen Preußens wieder derart geregelt waren, daß alle in der Not der Napoleonischen Kriege aufgenommenen Schulden rückgezahlt oder in festverzinsliche Staatsanleihe umgewandelt waren.

Es drängt sich einem beim Rückblick auf diese traurigen Zeiten wohl unwillkürlich der Gedanke auf, wieso sich diese unter so ungünstigen Auspizien ins Leben getretene Idee der Ausgabe von Papiergeld doch so zäh erhalten hat, daß man sich heute modernen Verkehr ohne Papiergeld gar nicht mehr denken kann. Man müßte meinen, die erste Tat jedes tüchtigen Finanzministers hätte die sofortige Beseitigung allen Kreditgeldes sein müssen und in der Tat finden wir auch in jenen Zeiten eine starke Agitation unter den konser-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060531028/fragment/page=0001

Teil der Schuld daran, daß das Reichskolonialamt abgelehnt wurde, fragen diejenigen Parteien, die erklärt hatten, geschlossen dafür stimmen zu wollen. Von diesen Parteien fehlten nämlich gegen 50 Mitglieder ohne Entschuldigung. Wären diese auch nur zum größten Teil anwesend gewesen, so würde das Reichskolonialamt bewilligt worden sein. Das festzustellen gebietet die Gerechtigkeit."

Ueber die Verhältnisse im Flottenvereine

gehen der „Deutschen Tageszeitung" aus den Kreisen des Vereins Mitteilungen zu, wonach in der nichtöffentlichen Sitzung auf der Hauptversammlung in Hamburg die Vertreter der verschiedenen Richtungen scharf aneinander geraten und die Leitung des Vereins sich „bittere Wahrheiten" hat sagen lassen müssen. Wenn schließlich die in der Hauptversammlung angenommene Resolution einstimmig genehmigt worden sei, so habe hierbei das Bestreben bei allen Vertretern mitgewirkt, nach außen einig zu erscheinen. „In diesem Sinne", heißt es in der Zuschrift, „kann man von einem Siege der Leitung sprechen; aber er dürfte sich sofort in einen Pyrrhussieg verwandeln, wenn die Leitung, das ist das Präsidium, sich nicht ernstlich bemüht, berechtigten Wünschen der Unterabteilungen nachzukommen, und wenn es nicht davon Abstand nimmt, seine Ansichten als ein Evangelium hinzustellen und jede abweichende Meinung mit allen Mitteln zu unterdrücken. Denn daß die Unterverbände zu einem großen Teil nicht gewillt sind, den Heißsporenen in der Leitung des Vereins ohne weiteres zu folgen, ist auf der Hamburger Tagung klar zum Ausdruck gekommen. Gerade die bayerische Gruppe hat hierüber niemand im Zweifel gelassen." Die „Deutsche Tageszeitung" stellt auch die Behauptung richtig, daß die Nichtwiederwahl des Freiherrn von Würzburg in das Präsidium eine Niederlage der gemäßigten Richtung gewesen sei. Freiherr von Würzburg habe überhaupt nicht zur Wahl gestanden, da er klipp und klar erklärt hatte, eine Wiederwahl nicht annehmen zu können. Der an seiner Stelle präsentierte Oberstleutnant von Spieß habe 10 Stimmen mehr als General Keim erhalten, der mit 30 Stimmen hinter den anderen bisherigen Mitgliedern des Präsidiums zurückgeblieben war. Ein Vertrauensvotum für General Keim und ein Sieg der schärferen Richtung, als der er mit Pauken und Trompeten verkündet wird, könne das nicht genannt werden.

Passives Gemeindewahlrecht für Volksschullehrer.

Der Vorstand des Preußischen Lehrervereins hat sich in einem Bittgesuch an den Minister des Innern gewandt, damit den Lehrern an öffentlichen Volksschulen das passive Gemeindewahlrecht verliehen werde.

Begründet wird die Bitte u. a. damit, daß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, auch dem Volksschullehrer in den Gemeindekorporationen ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht einzuräumen, seitens der Staatsbehörden bereits insofern anerkannt ist, als in Schulgesetzentwürfen und Ministerial-Erlassen die Zugehörigkeit des Volksschullehrers zum Ortsschulvorstande und zu den städtischen Schuldeputationen als erwünscht bezeichnet bezw. gefordert worden ist. Das Interesse eines Lehrers aber, der seine Aufgabe als Volksbildner voll erfaßt, richtet sich über die spezeellen Angelegenheiten seiner Schule hinaus auch auf alle gemeinnützigen Bestrebungen und Einrichtungen seines Wirkungsortes. Ein Mann, der mit den Ortsinsassen in so mannigfache Berührung kommt und dem, zumal wenn er vielleicht jahrzehntelang in demselben Orte wirkt, eine genauere Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse zu Gebote steht, ist sicherlich imstande, in der Gemeindevertretung oder dem Stadtverordnetenkollegium anregend und fördernd zu wirken. Daß die Gemeinden vielfach selbst von der Zweckmäßigkeit der Wahl eines Lehrers in die Gemeindevertretung überzeugt sind, zeigt der Umstand, daß in den letzten Jahrzehnten bereits seminarisch gebildete Lehrer, welche nicht an Volksschulen selbst wirken, in größerer Zahl Zugang in die Stadtverordnetenkollegien erlangt haben.

Die Volksschullehrer haben aber auch ein Standesinteresse daran, daß ihnen das passive Gemeindewahlrecht verliehen werde. Es muß auf einen mitten im Volksleben stehenden Mann niederdrückend wirken, von einem staatsbürgerlichen Rechte ausgeschlossen zu sein, das seinen übrigen Mitbürgern, auch einem Teile seiner Berufsgenossen, zusteht; in den Augen seiner Mitbürger wird er deshalb nur allzu leicht als Staatsbürger zweiten Grades angesehen werden. Alle seine Berufsgenossen, die an einer Schule wirken, deren Ziel über das der Volksschule hinausgeht, sind im Besitze des passiven Gemeindewahlrechts, obgleich sie zumeist keinen anderen Bildungsgang durchgemacht haben als er. Welche eigenartigen Erscheinungen der jetzige Zustand herbeiführen kann, zeigt sich z. B. darin, daß ein Lehrer an einer gehobenen Schule, sobald er weitere Prüfungen abgelegt hat und als Rektor an einer Volksschule desselben Ortes angestellt und somit in eine höhere amtliche Stellung befördert wird, des bisher innegehabten staatsbürgerlichen Rechtes verlustig geht. Durch eine derartig verschiedene Behandlung der Mitglieder ein und desselben Berufes werden in demselben zwei Kategorien geschaffen, von denen die eine gegenüber der anderen als benachteiligt erscheint, ohne daß eine innere Berechtigung dazu erkennbar ist.

Die Art des Berufes steht der Verleihung nicht entgegen, fordert sie vielmehr, wie bereits ausgeführt worden ist. Zeit zur Ausfüllung des übertragenen Amtes eines Gemeindevertreters oder Stadtverordneten dürfte der Volksschullehrer in demselben Maße haben wie der Lehrer an einer gehobenen Schule bezw. an einer höheren Lehranstalt und die Angehörigen anderer Beamtenkategorien. Es braucht nur hingewiesen zu werden auf die große Arbeit, die von Volksschullehrern im Interesse der Gemeinden ehrenamtlich gefordert und geleistet wird, ohne daß sich eine Beeinträchtigung der Schularbeit herausgestellt hat.

Auch der Hinweis auf die Hineinziehung des Lehrers in kommunale und politische Parteizwiste dürfte kaum als zutreffend erachtet werden können; in den bereits zahlreich zu verzeichnenden Fällen, in denen seminarisch gebildete Lehrer an gehobenen Schulen usw. als Stadtverordnete gewählt worden sind, sind Mißstände gedachter Art unseres Wissens nicht zutage getreten.

Wenn endlich die Kommunalsteuerfreiheit der Volksschullehrer als Grund bezeichnet werden sollte, ihnen das passive Gemeindewahlrecht vorzuenthalten, so kann auch dieser Umstand für die Vorenthaltung dieses Rechtes nicht ausschlaggebend sein. Kommunalsteuerfreiheit und kommunales passives Wahlrecht stehen nicht in kausalem Zusammenhange . . .

Eine Abschrift dieses Bittgesuches ist auch dem Kultusminister überzandt worden, mit der Bitte, dasselbe unterstützen zu wollen.

Landwirtschaftliche Brennereien.

Dem Reichstage ist noch unmittelbar vor der Vertagung ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien betrifft. Er sieht eine Aenderung der Branntweinsteuernovelle vom 7. Juli 1902 dahin vor, daß im Falle einer Neubeteiligung am Kontingent oder einer Kontingentserhöhung für landwirtschaftliche Brennereien der Kontingentsfuß 50,000 Liter (im geltenden Gesetz heißt es: 80,000 Liter) nicht überschreiten darf. In der Begründung heißt es, in der Kommission des Reichstags sei gleich im Jahre 1902 bei Beratung der jetzt geltenden Novelle auf die Unhaltbarkeit des geschaffenen Zustandes hingewiesen worden, und die Regierungsvertreter hatten eine Ergänzung des Gesetzes, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, in Aussicht gestellt. Mit der Einbringung des gegenwärtigen Gesetzentwurfs solle also ihr im Jahre 1902 gegebene Zusage erfüllt werden. Weiter wird ausgeführt:

Die nächste Neukontingentierung findet im Brennereibetriebsjahr 1907/08 statt. Da neu entstandene Brennereien hierbei nur berücksichtigt werden, wenn sie bis zum 1. Oktober 1907 betriebsfähig hergerichtet sind, ist zu erwarten, daß die Neuerrichtung von Brennereien, die schon in den letzten Jahren nicht unerheblich war, in nächster Zeit einen großen Umfang annehmen wird. Wenn auch die Beteiligten wiederholt darauf hingewiesen worden sind, daß die Absicht besteht, den Höchstbetrag des Kontingentsfußes der neuen landwirtschaftlichen Brennereien noch vor der nächsten Kontingentierung auf 50,000 Liter herabzusetzen, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß hier und da für den Entschluß zu einem Neubau die Tatsache bestimmend ist, daß vorläufig noch der Höchstbetrag von 80,000 Liter im Gesetze steht. Um in solchen Fällen Enttäuschungen und Beschwerden tunlichst zu vermeiden, ist es für erforderlich gehalten worden, den Gesetzentwurf noch in dieser Tagung des Reichstags verabschiedet zu lassen, wenn auch auf seine alsbaldige Verabschiedung nach Lage der Geschäfte nicht mehr gerechnet werden kann."

Von Wichtigkeit ist vor allem auch noch die Mittellung in der Begründung, daß die Einbringung eines Gesetzentwurfs, betreffend Neuregelung der Malzschottichsteuervergütung, vorbehalten bleibt. Eine solche Steuerregelung sogleich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu verbinden, sei nicht möglich gewesen, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Vom Grafen von Hoensbroech.

Der bekannte Graf von Hoensbroech hat ein Buch geschrieben, das den Titel trägt: „Moderner Staat und römische Kirche". Der Verfasser hat sein Werk dem Reichskanzler übersandt und, was Aufsehen erregen dürfte, ein Begleitschreiben beigefügt, das nach den „Leips. N. Nachr." folgendermaßen lautet:

„Ew. Exzellenz übersende ich das soeben erschienene Buch: „Moderner Staat und römische Kirche" lediglich deshalb, weil ich es für Pflicht halte, dem ersten Beamten des Reiches die Möglichkeit zu geben, sich über die Schwere der ultramontanen Gefahr für unsere Kulturentwicklung zu unterrichten. Die Hoffnung, daß Sie von dieser Möglichkeit nutzbringenden Gebrauch machen werden, habe ich allerdings nicht. In vorzüglicher Hochachtung

Graf von Hoensbroech."

Man wird nicht umhin können, dieses Verfahren als einen etwas ungewöhnlichen Vorgang zu charakterisieren.

Parteinachrichten.

— Die „Freie Deutsche Presse" schreibt: „Der „Landesausschuß des freisinnigen Landesvereins für das Großherzogtum Hessen" hat zur Frage der Stichwahl im Wahlkreis Darmstadt einen Beschluß gefaßt des Inhalts, daß er „die von dem Wahlausschuß der vereinigten Liberalen bei der Darmstädter Reichstagswahl eingenommene Haltung und die von ihm ausgegebene Stichwahlparole", gegen den Nationalliberalen zu stimmen, billigt. Aus diesem Anlaß wird es nun von der gegnerischen Seite so darzustellen versucht, als ob durch diesen Beschluß die Haltung der Freisinnigen Volkspartei anderen Parteien gegenüber berührt werde. Das ist durchaus nicht der Fall; denn ein „freisinniger Landesverein für das Großherzogtum Hessen" ist kein Glied der Organisation der Freisinnigen Volkspartei, sondern kennzeichnet sich selber als aus „Angehörigen der drei linksliberalen Parteien", auch der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zusammengesetzt. Maßgebend für die Haltung der Freisinnigen Volkspartei zu anderen Parteien sind die Beschlüsse der Parteitage, vornehmlich des Parteitages zu Wiesbaden, dem zuvider die Darmstädter einen nationalsozialen Kandidaten auf den Schild erhoben haben. In dem Beschluß des Wiesbadener Parteitags heißt es: „Der Parteitag hält ein Zusammenwirken mit nationalsozialen Elementen für eine politische Unmöglichkeit, gleichviel, welcher politischen Gruppe sie sich anschließen.""

Verkehrswesen.

— Um die Fahrkartensteuer voll auszunutzen, wird man nach der „Rhein.-Westf. Ztg." Maßnahmen treffen, die die Besteuerung auch derjenigen Fahrtausweise (Rückfahrkarten, Fahrscheinhefte usw.) ermöglichen, deren Gültigkeit bereits vor dem 1. August d. J. (dem für die Einführung des Stempels in Aussicht genommenen Termin) beginnt, aber erst im Laufe des August oder noch später erlischt. Es stellen sich in dieser Beziehung zahlreiche Schwierigkeiten in den Weg, da man natürlich einerseits nicht etwa alle Fahrtausweise einfach voll besteuern kann, die sowohl vor wie nach Beginn des 1. August zur Beförderung auf der Eisenbahn berechtigen, andererseits aber auch dieselben nicht von der Steuer ganz frei lassen will. In Betracht kommen namentlich die Rückfahrkarten und 45tägigen Rundreisehefte, deren Gültigkeit in der Zeit vom 18. Juni bis 31. Juli eintritt, aber auch die 60tägigen Rundreisehefte, die vom 3. Juni bis 31. Juli zum ersten Male benutzt werden können. Man darf darauf gespannt sein, welchen Ausweg der Fiskalismus finden wird, um die Steuerbeträge einzubehalten.

Hygiene und Medizinalwesen.

— Die VII. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege findet am 6. und 7. Juni d. J. in Dresden statt. Der wissenschaftliche Teil der Tagesordnung enthält folgende Vorträge: 1. Die Waldschulen (Referent: Dr. Neufert-Charlottenburg). 2. Der Stand der akademisch gebildeten Lehrer und die Hygiene (medizinischer Referent: Nervenarzt Dr. R. Wichmann-Bad Harzburg; pädagogischer Referent: Oberlehrer Dr. Le Mang-Dresden). 3. Hausaufgaben (medizinischer Referent: Medizinalrat Dr. Berger-Hannover; pädagogischer Referent für höhere Schulen: Oberlehrer Rokker-Darmstadt; pädagogischer Referent für Volksschulen: Lehrer Schanze-Dresden). 4. Notwendigkeit der Einrichtung von Waschgelegenheiten in den Schulen (Referent: Dr. med. Hopf-Dresden).

Arbeiterbewegung.

— Der Bruch in dem Metallarbeiter-Verband zu Berlin scheint unabwendbar zu sein, da die Rohrleger und Hilfsarbeiter fest entschlossen sind, sich abzusondern und eine eigene Organisation zu gründen, die der Vereinigung der lokalen Gewerkschaften angegliedert werden soll. Die Rohrleger sind besonders auf den Bevollmächtigten Cohen erbittert, dem sie Lügen und Fälschungen vorwerfen. Sie beschuldigen ihn außerdem, daß er seinen Konkurrenten Wiesenthal, den die Rohrleger jetzt auf den Schild gehoben haben, durch allerlei unschöne Mittel aus dem Verbande herausgedrängt habe. In einer demnächst abzuhaltenden Versammlung soll die Sonderorganisation der Rohrleger gegründet werden.

Koloniales.

— Von dem Hottentottenführer Abraham Morris hatte Oberst v. Deimling kürzlich im Reichstage behauptet, er solle der Sohn eines Rabbiners in der Nähe von Posen sein. Dem „Tag" wird jedoch über die Angelegenheit von unterrichteter Seite geschrieben: „Abraham und sein gleichfalls öfters erwähnter jüngerer Bruder Eduard Morris sind die Söhne eines alten schottischen Händlers Morris und einer Hottentottin. Auf eine Erbschaft hin kehrte dieser in seine alte Heimat zurück, ohne sich weiter um seine Sprößlinge zu kümmern. Ein Verwandter der Mutter, Abraham Steyer in Warmbad, zog die Knaben auf. Meines Wissens sind sie auch dort getauft und konfirmiert worden. Bei Errichtung einer deutschen Eingeborenen-Polizeitruppe in Warmbad wurde erst Eduard und später Abraham Morris eingestellt. Sie waren intelligente, gewandte Burschen, sprachen gut Holländisch sowie etwas Deutsch und Englisch und waren als vorzügliche Jäger bekannt. Den Feldzug gegen die Afrikaner-Hottentotten im Jahre 1897 machten sie auf deutscher Seite mit. Abraham konnte sich nicht recht in die deutsche Disziplin fügen und schied bald aus der Polizeitruppe aus, der fügsamere Eduard gehörte ihr dagegen zwei bis drei Jahre an."

— Ueber Wassersnot in Deutsch-Ostafrika berichtet die „D.-Ostafr.-Ztg." Sie schreibt: Die andauernd starken Regengüsse in den letzten Wochen haben den Rufiojifluß so zum Steigen gebracht, daß die großen Landflächen zwischen den einzelnen Mündungsarmen ein großes Ueberschwemmungsgebiet bilden. Seit Jahren soll der Fluß nicht diese Höhe erreicht haben. Selbstverständlich sind die Schambenen der Eingeborenen vielfach der Vernichtung preisgegeben. Die vom Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee bei Mohorro eingerichtete Baumwollschule mit den großen Baumwollanpflanzungen steht vollständig unter Wasser. In Mohorro selbst sieht es nicht besser aus. So konnte der Zollkreuzer „Kingani" fast bis an das Bezirksamtsgebäude heranfahren, während das Postgebäude in etwa 1½ Meter tiefem Wasser steht, so daß der postalische Betrieb von dort verlegt werden mußte.

— Der Gouverneur von Kamerun, von Puttkamer, hat einen längeren Urlaub angetreten; dieser Urlaub ist natürlich der Vorläufer der Verabschiedung.

Ausland.

Oesterreichisch-ungarische Reichskrisis.

Einen Tag, wie den Dienstag hat das österreichische Parlament noch nicht erlebt. Es wehte eine förmliche Konfliktsluft. Infolge der geschäftsordnungswidrigen Absage der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand eine inoffizielle Sitzung statt, die scharf gegen Ungarn demonstrierte. Darauf beschloß die Obmännerkonferenz die Einberufung einer Sitzung für heute und die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages, worin die Entrüstung über die Entscheidung in der ungarischen Frage ausgedrückt wird. Falls das Haus wird, ist ein Delegationsstreik geplant, indem sämtliche österreichische Delegierte ihre Mandate niederlegen werden. Gleichzeitig droht der Ausbruch einer Krise, indem nämlich Graf Vetter wegen der an seiner Vertagung des Hauses geübten Kritik demissionieren will.

Ueber den Verlauf der Mittwoch-Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses geht uns folgender telegraphischer Bericht zu:

Bei Beginn der Sitzung stellt Kathrein fest, daß die Absage der gestrigen Sitzung Mißstimmung unter den Abgeordneten hervorgerufen habe. Die Obmännerkonferenz habe diese Absage als in der Geschäftsordnung keineswegs begründet bezeichnet, habe aber anerkannt, daß der Präsident bona fide gehandelt habe. Präsident Graf Vetter erklärt, daß er die Sitzung abgesagt habe, da er die authentische Nachricht erhalten habe, daß das Ministerium demissioniert habe und im Hause nicht erscheinen werde. Irgend welche andere Absichten hätten ihm gänzlich ferngelegen, und das ihm untergeschobene Motiv, als ob er das Haus an einer Besprechung der Situation und Stellungnahme zur Demission des Kabinetts zu hindern die Absicht gehabt hätte, sei dadurch widerlegt, daß er sofort die heutige Sitzung einberufen hätte, als ihm der Wunsch der Mehrheit des Hauses nach Abhaltung einer Sitzung bekanntgegeben worden sei. (Beifall.)

In der Begründung des von der Obmännerkonferenz angenommenen Dringlichkeitsantrages führt Kathrein aus: Die Dringlichkeit des Antrages liegt in der durch die Demission des Kabinetts gekennzeichneten Lage. In dem Augenblicke, in dem sich Ungarn ansichtet, einseitig und zu unserem Nachteile die gemeinsamen Beziehungen zu lockern und zu lösen, dürfen wir nicht stillschweigend zusehen. Wir dürfen nicht zugeben, daß über das Recht der Bevölkerung Oesterreichs ohne uns irgend wie verfügt wird. Wir müssen deshalb fordern, daß das Haus, sobald es die Verhältnisse erheischen, einberufen wird. (Lebhafter Beifall.) Redner erblickt die Bedeutung des Antrages darin, daß er den ersten Schritt zur gemeinsamen Verteidigung der Rechte des österreichischen Parlaments und zum Zusammenschlusse der Parteien bildet. Redner bittet um möglichst einstimmige Annahme des Antrages. (Stürmischer Beifall.)

Klofac verurteilt das Vorgehen des Präsidenten und erklärt, die Deutschen seien schuld an der Schwäche und dem Niedergang des Parlaments. Das österreichische Parlament könne gegen ein starkes ungarisches Parlament nichts ausrichten. Die tschechischen Radikalen seien nicht geneigt, für die Deutschen die Kastanien aus dem Feuer zu holen und deshalb die Magyaren zu beleidigen.

Derschatta erklärt: Die Einbringung eines ungarischen selbständigen Zolltarifs bedeutet einen Bruch des 67er Ausgleiches, aus dem einzelne für Ungarn günstige Fragen nicht herausgerissen werden dürfen. Jede künftige Regierung muß die Ausgleichsfrage im ganzen zur Diskussion stellen. Solange darüber keine vollständige Einigung erzielt worden ist, der Aufnahme einer gemeinsamen Behandlung der Zollennahmen, der Aufnahme von Vorzahlungen und von irgend einer einseitigen Mehrbelastung dieser Reichsbälfte keine Rede sein. Ich warne jede kommende Regierung, mit der Annahme des ungarischen Zolltarifs vor das Haus zu treten oder zum Paragraphen 14 oder zur Auflösung des Parlaments ihre Zuflucht zu nehmen, denn die ausgebrochene Reichskrisis kann nur

---

vativen Elementen der Kaufmannschaft gegen alle diese aus dem Westen Europas importierten Neuerungen. Weitsichtige Männer aber, die an der Spitze des preußischen Finanzministeriums standen, vor allem der unvergeßliche, geniale Minister Hardenberg, erkannten, daß es hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man das Papiergeld ganz beseitigen würde. Es handelte sich also darum, aus den vorliegenden Tatsachen die bei der ersten Emission übereilt begonnenen Fehler festzustellen. Das ist denn auch glücklich gelungen, indem der Staat gänzlich auf die Ausgabe ungedeckten Papiergeldes verzichtete. Für jeden kursierenden Reichskassenschein liegt der gleiche Betrag in barem Golde im Julitsturm unter der Kontrolle einer eigens dazu eingerichteten Kommission. Und auch der Bank, resp. den in Deutschland bestehenden Notenbanken, ist der Höchstbetrag vorgeschrieben. Daß unter solchen Verhältnissen irgend welche Zweifel über die Einlösung unseres Papiergeldes bestehen und menschlicher Voraussicht nach auch in schlechten Zeiten sich nicht entwickeln können, ergibt sich demnach von selbst. Es ist also ein erfreuliches Gefühl, mit dem die heutige Generation diesen hundertsten Jahrestag traurigen Gedenkens feiern kann, weil wir trotz schlechtester Auspizien uns in dem knappen Zeitraum eines Jahrhunderts so machtvoll entwickelt haben, daß selbst unsere größten Feinde die Korrektheit unseres Finanzsystems und die Unantastbarkeit unseres Kredits bedingungslos zugeben müssen.

Mit Stolz können wir heute auf die Zeiten von Jena und Auerstädt zurückblicken. Für den Finanzmann wenigstens kann es nicht fraglich sein, ob wir nach Jena oder nach Sedan marschieren, weil selbst ein Jena unsere Finanzen nicht mehr erschüttern könnte. Dazu hat deutscher Fleiß, deutsche Energie und Umsicht in hundert Jahren ein zu solides Fundament geregelter Finanzverhältnisse geschaffen. Ein rocher de bronce, geeignet, allen widrigen Verhältnissen zu trotzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060531028/fragment/page=0002

mit dem Volk und mit dem Parlament gelöst werden. (Beifall.)

Breiter schließt sich dem Dringlichkeitsantrage an, meint jedoch, daß derselbe eine Lücke aufweise, da er keine Richtschnur für die künftige Regierung in bezug auf ihr Verhalten in der Ausgleichsfrage enthalte. Redner beantragt einen Zusatzantrag, wonach ein Ausschuß binnen acht Tagen dem Hause Grundrisse für die Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn vorlegen soll, die dann gleichsam als Programm des Parlamentes und der künftigen Regierung im weiteren Kampfe zur Wahrung der österreichischen Interessen zu betrachten sein würden.

Abgeordneter Groß erklärt: Der Dringlichkeitsantrag entspricht einem Gewaltstreich der ungarischen Regierung, zu dem der König von Ungarn seine Genehmigung erteilt hat, den wir aber als Vertragsbruch ansehen müssen. Wir sind einer Neuregelung des Verhältnisses mit Ungarn nicht abgeneigt, sie darf aber nicht einseitig von Ungarn ausgehen. Redner verlangt, daß der Ausgleichsausschuß baldigst zusammentreten solle, um auch von österreichischer Seite den Ausgleich vorzubereiten, und fordert alle Parteien zum Zusammenschluß auf, um gemeinsam die Rechte und Prärogative des Parlaments und die Interessen Oesterreichs gegen alle Faktoren, auch den König von Ungarn, zu schützen. (Beifall.)

Prasek (tschechischer Agrarier) erklärt sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht einverstanden und beschuldigt die deutschen Parteien, die wirtschaftlichen Interessen stets preisgegeben zu haben; seine Partei sei für Zollrennung.

Lueger führt aus, solange der frühere Zustand in gemeinsamen Angelegenheiten nicht wiederhergestellt sei, gäbe es bei der christlich-sozialen Partei keinen Kreuzer für gemeinsame Ausgaben und keinen Rekruten.

In fortgesetzter Debatte über den Dringlichkeitsantrag spricht die Mehrzahl der Redner ihre Genugtuung über die zwischen den meisten Parteien erzielte Einigung aus. Einmütig betonen sämtliche Redner, daß es nicht angehe, den zwischen den beiden Reichsstellen bestehenden Rechtszustand ohne oder gegen das österreichische Parlament einseitig abzuändern.

Abg. Adler (Soz.) erklärt, die Schuld daran, daß die Einbringung eines selbständigen Zolltarifs in Ungarn ohne Befragung des österreichischen Parlaments und gegen den Einspruch der Regierung erfolgte, treffe nicht nur die Krone, sondern auch das Parlament, welches sich jahrelang keinen Respekt zu verschaffen gewußt habe und dessen bürgerliche Parteien wegen kleinlicher Eifersüchteleien die Bildung einer Regierung und die Uebernahme einer Verantwortung ablehnen. Nur durch die Schaffung einer wirklichen Volksvertretung durch möglichst baldige Durchführung der Wahlreform könne Oesterreich vor unabsehbarem Unglück gerettet werden.

Grabmayr (Verfassungstreuer Großgrundbesitzer) verlangt eine Revision der 1867 er Gesetze. Nur durch eine Neuregelung der gesamten Ausgleichsfragen könne man zu der für beide Reichsteile notwendigen und beide Teile befriedigenden friedlichen Auseinandersetzung über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gelangen.

Graf Dzieduszycki (Pole) mißbilligt die im Laufe der Debatte gegen die Krone gerichteten Angriffe und mißt die Hauptschuld an den heutigen Verhältnissen und an der jahrelangen Ohnmacht des österreichischen Parlaments dem Mangel an einer parlamentarischen Regierung zu. Redner betont die Notwendigkeit der Erhaltung der Zollgemeinschaft im Interesse der gesamten Monarchie. Er sei für die Einberufung eines Ausgleichsausschusses, der die Sachlage zu prüfen und der künftigen Regierung eine Richtschnur für eine den Reichsinteressen dienliche Lösung der schwebenden Fragen zu geben haben würde. Wolff tritt für Zollrennung und Schaffung einer Personalunion ein.

Die Dringlichkeit des Antrags wird mit 240 gegen 8 Stimmen angenommen; ein Zusatzantrag Breiter, einen Ausgleichsausschuß zu beauftragen, binnen 8 Tagen Vorschläge, betreffend eine Neuregelung des Rechtszustandes zwischen den beiden Reichshälften dem Hause vorzulegen, wird abgelehnt. Nächste Sitzung 7. Juni.

*

Gestern wurden in Budapest bei den Wahlen in die Delegationen 40 ordentliche Mitglieder und zehn Ersatzmitglieder gewählt. Auf die Frage der Journalisten, welche Haltung die ungarische Koalition bekunden würde, wenn Oesterreich aus dem jetzt so bedenklich zugespitzten Zolltarifkonflikt die schärfsten Konsequenzen ziehen und vollständige Trennung von Ungarn anstreben sollte, antwortete der Präsident des Reichstages, daß sich die Koalition nur freuen würde, da sie ohnehin längst die Personalunion anstrebe.

Händler provozieren Hungerrevolten in China.

Aus Schanghai meldet das Reutersche Bureau: Infolge des überaus hohen Preises, der für Reis gefordert wird, kommt es im Yangtzetal zu häufigen Aufständen. Die Händler halten ihre Vorräte zurück, ohne Rücksicht auf die große Nachfrage aus den Ueberschwemmungsgebieten der Provinz Hunan. Der Vizekönig von Nanking verlangt Spezialvollmacht, um ein Verbot der Reisausfuhr zu erlassen.

Der Aufstand in Natal.

Wie dem Reuterschen Bureau aus Kranzkop (Natal) gemeldet wird, machten die Aufständischen Dienstag früh abermals einen heftigen Angriff, der aber zurückgeschlagen wurde. Auf englischer Seite fielen drei Eingeborene, während zwölf Eingeborene verwundet wurden. — Aus Durban wird dem genannten Bureau ferner gemeldet, daß Oberst Mackenzie in Verbindung mit anderen Truppenabteilungen eine erfolgreiche Umgehungsbewegung im Singananda-Lande ausführt, bei der bereits viel Vieh erbeutet wurde und zahlreiche Aufständische fielen.

Provinzialnachrichten.

* **Eisleben**, 31. Mai. [Folgen des Streikes.] Infolge des Streikes im Braunkohlenrevier Teutschenthal-Oberröblingen sind 30 Mitglieder von Kriegervereinen der dortigen Gegend, die der sozialdemokratischen Kasse beigetreten waren und aus dieser nicht wieder ausscheiden wollten, entweder aus ihren Kriegervereinen freiwillig ausgetreten oder aus diesen ausgeschlossen worden.

* **Mühlberg a. Elbe**, 31. Mai. [Der heftige Maurerstreik] ist nach etwa dreimonatlicher Dauer nunmehr als beendet anzusehen. Die Forderungen der Streikenden auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 30 Pfg. für dieses und 32 Pfg. für nächstes Jahr sind von den Baumeistern (bis auf einen) bewilligt worden.

K. **Erfurt**, 31. Mai. [Ein unerhörter Vorfall] ereignete sich am hellen, lichten Tage auf einem Promenadenwege im Steigerwalde. Ein Ehnjährig-Freiwilliger, der mit einer jungen Dame nach Erfurt zu ging, wurde von drei angetrunkenen Männern fortgesetzt belästigt. Schließlich fielen sie über das Paar her. Zwei hielten den Soldaten fest, und der Dritte attackierte die Dame in unsittlicher Weise. Auf die Hilferufe hin kam ein Erfurter Kaufmann herbei, worauf die Kerle die Flucht ergriffen. Sie werden zur Bestrafung herangezogen werden können, da es gelungen ist, die Namen festzustellen.

K. **Erfurt**, 31. Mai. [Pferd und Dampfwalze.] Am Montag fuhr ein Erfurter Fleischermeister gemeinschaftlich mit seinem Gesellen nach Hohenfelden. Am Kreuzweg oberhalb Nauendorf scheute das Pferd vor einer Dampfwalze. Während der Geselle absprang, um das Pferd zu halten, stürzte der Meister vom Wagen. Ein Rad ging über den Fuß des Meisters, außerdem erhielt er einen Hufschlag gegen den Kopf. Der Schwerverletzte wurde nach Kranichfeld gefahren.

* **Erfurt**, 31. Mai. [Ueberfahren.] Auf der Bahnstrecke Erfurt-Nordhausen wurde in der Nähe von Vehra eine Frau Karoline John aus Walterdorf bei Erfurt von einem Arbeiterzug überfahren und tödlich verletzt.

* **Jetzniz**, 30. Mai. [Stadtgottesacker als Stadtpark.] Auf unserem alten Stadtgottesacker, welcher seit dem 1. April außer den bereits erworbenen Familiengrüften nicht mehr zu Beerdigungen benutzt wird, sollen die geeigneten Stellen mit Eichen- usw. Schonungen bepflanzt werden, um den Friedhof auf diese Weise nach und nach in eine Art Stadtpark umzuwandeln.

* **Jetzniz**, 31. Mai. [Ein Ueberfall] wurde auf dem Nachhausewege von Renke nach hier auf 6 Musikanten der Belowschen Kapelle verübt. Die rohen Täter, die unerkannt entkamen, mißhandelten die Musiker und zertrümmerten ihre Instrumente.

* **Niederzimmern**, 30. Mai. [Altes Grab.] In der Kies- und Sandgrube des Landwirts Löber am Wallscher Berg ist ein Skelett mit Urne bloßgelegt worden. Es handelt sich um einen liegenden Hocker weiblichen Geschlechts. Der Kustos des naturwissenschaftlichen Museums in Weimar, Herr Möller, begab sich mit einer Kommission nach der Grabstelle und entdeckte noch ein Kinderskelett, das in den nächsten Tagen unter seiner persönlichen Leitung zutage gefördert werden wird.

* **Jena**, 31. Mai. [Todessturz.] Als die 15jährige Lydia Eckermann in einem Hause am Steinweg die Treppe hinabsteigen wollte, fiel sie so unglücklich, daß sie die Wirbelsäule brach und sofort starb. Das Mädchen hatte kürzlich in Wenigenjena beim Feuermachen schwere Brandwunden erlitten und trug infolgedessen noch Verbände, die sie in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und dadurch zweifellos den Unglücksfall mit herbeigeführt haben.

* **Jena**, 31. Mai. [Felgund roh.] In der Nacht zum 29. wurde der Wirt auf dem Forsthaus von zwei Studierenden geweckt, er möge ihnen das Lokal öffnen. Als er sich weigerte, dem Ansinnen Folge zu geben, verübten die beiden großen Lärm und ließen sich dann zu einer Rohheit hinreißen, die ihresgleichen sucht. Sie bemächtigten sich des auf dem Forsthause untergebrachten Jagdhundes des Kanthnenwirts Stöhr und zerknickten dem armen Tier die Knochen eines Beines; nach dieser Heldentat ergriffen sie die Flucht. Sie sind ermittelt und werden hoffentlich sehr strenger Bestrafung nicht entgehen.

⊙ **Leipzig**, 31. Mai. [Ein Attentat in Bad Elster.] Ein vollkommen unerklärliches und anscheinend motivloses Attentat ist am Dienstag auf die zurzeit in Bad Elster zur Kur weilende Gattin des Leipziger Kaufmanns Richter verübt worden. Auf der Rückkehr von einem Spaziergang trat ihr plötzlich ein gut gekleideter ca. 23jähriger Mensch entgegen. Ohne ein Wort zu verlieren, schlug er die Dame mit einem etwa 1 Meter langen Knotenstock, bis sie blutüberströmt zusammenbrach. Hierauf lief der Mensch schnell davon. Als ein Gendarm herbeigeeilt kam, war der Attentäter spurlos verschwunden. Es bleibt nur die Annahme, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat.

* **Taucha** (Kgr. Sachsen), 31. Mai. [Leutnant Kurt Engler †.] Leutnant Engler, der früher dem 179. Regiment angehörte, hat im Kampfe gegen die Hottentotten in Südwestafrika den Tod für das Vaterland erlitten. Das Wochenblatt für Taucha, dem Geburtsorte des Gefallenen, widmet ihm folgenden ehrenden Nachruf: Herr Leutnant Engler war einer der ersten sächsischen Offiziere, die freiwillig in den Dienst der südwestafrikanischen Truppe eintraten. Allen Gefahren des mörderischen Krieges hielt er in der Front stand. Die ungeheuren Anstrengungen und Entbehrungen, die fast unmenschlichen Strapazen, den peinigendsten Durst und Hunger hat er überstanden, bis ihn das tückische Typhusfieber packte und auf das Krankenbett warf. Seine kräftige Natur überwand auch diesen schrecklichen Feind, und kaum genesen, eilte er aufs neue aus der Krankenstation zu seiner tief im Süden kämpfenden Truppe, um den heimtückischen Feind von Ort zu Ort, von Wasserstelle zu Wasserstelle zu jagen. Schon winkte den wackeren Kriegern die nahe Beendigung des furchtbaren Kampfes und die nahe Aussicht, als siegekrönte Helden unter dem Heimatswimpel zum deutschen Vaterland ziehen zu können, da ereilte ihn in einem der letzten Kämpfe an der englischen Grenze die tödliche Kugel. Mitten durch die Brust geschossen starb er den Heldentod auf fremder afrikanischer Steppe! Tieferschütternd ist dieser Verlust für die greisen Eltern, die den hoffnungsvollen Sohn draußen auf der Heide verloren, und innigstes, aufrichtiges Mitgefühl aus unseren Bürgerkreisen wird versuchen, ihnen ihr Leid tragen und mildern zu helfen. Können wir auch keinen Lorbeerkranz auf das schlichte Soldatengrab legen, das die Gebeine eines Tauchaer Kindes birgt, auf das wir mit berechtigtem Stolze blickten, dessen wandelreiche Schicksale wir mit lebhaftem Interesse verfolgten, vergessen wird er in der alten Heimat nicht. Mit welcher Liebe hing er an seiner Vaterstadt, welche innige Freude und Dankbarkeit sprach sich in seinen Briefen aus, in denen er die Ankunft der bescheidenen und ihm doch so aufrichtige Freude bereitenden Liebesgaben als „Grüße aus der Heimat" bestätigte. Leicht sei ihm die fremde Erde! Mag sein fürs Vaterland vergossenes Blut, wenn einst die unwirtlichen afrikanischen Steppen deutscher Kultur erschlossen sind, tausendfache Früchte tragen.

(Weitere Provinzial-Nachrichten befinden sich in der 3. Beilage.)

Wetter-Aussichten.

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

1. Juni: Sonnig, warm, sehr schwül. Strichweise Gewitter.
2. Juni: Teils heiter, teils wolkig, warm. Strichweise Gewitterregen.
3. Juni: Schön, heiter und warm.
4. Juni: Wärmer, schwül, heiter bei Wolkenzug. Strichweise Regen.
5. Juni: Wolkig mit Sonnenscheln, schwül, warm, Neigung zu Gewittern.
6. Juni: Teils heiter, teils wolkig, heiß, Gewitterregen.

Meteorologische Station zu Halle.

	30. Mai 9 Uhr abends	31. Mai 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	751,8	710,2
Thermometer Celsius	13,7	15,1
Rel. Feuchtigkeit	69 %	65 %
Wind	SO 1	S 2

Maximum der Temperatur am 30. Mai: 21,1° C.
Minimum in der Nacht von 30. zum 31. Mai: 10,9° C.
Niederschläge am 31. Mai 7 Uhr morgens: 0,2 mm.
Florabad. Wasserwärme der Saale vom 31. Mai morgens: 18° C.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: i. V.: Erich Beuthner; für das Feuilleton: i. V.: Otto Sonne; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten. —

Bis **Pfingsten.**

Auf sämtliche garnierten

Damen-Hüte

bestehend aus

aparten Modellen,

ferner aus hocheleganten

Chiffon-, Cloche- und Fantasie-Hüten,

geben wir bis Pfingsten

20% Rabatt,

welche an der Kasse in bar ausgezahlt werden.

Auf sämtliche

Sport- und **Kinder-Wagen**

sowie **Garten-Möbel**

geben wir bis Pfingsten

10% Rabatt,

welche an der Kasse in bar ausgezahlt werden.

Hamburger Engros-Lager **Leopold Nussbaum** G. m. b. H. Fernruf 378.

Gr. Ulrichstrasse 60|61. Halle a. S. Barfüsserstrasse 3|5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060531028/fragment/page=0003

Allgem.-Revisions- u. Verwaltungs-Akt.-Ges.

Berlin W., Mauerstr. 63/65.
Vorstand: **Arthur Schmidt, Hans Müller.**

Wir übernehmen unter anderem:

die Prüfung der Bücher, Abschlüsse etc. von Betrieben
jeglicher Art, **Vermögensverwaltungen,**
das Amt als **Pfandhalterin oder Treuhänderin,**
die **Vertretung der Besitzer von Wertpapieren und notleidenden Hypotheken,**
die Führung von **Aktien- und Kuxenbüchern,**
sowie **Mitgliederverzeichnissen,**
das Amt als **Testamentsvollstreckerin.**

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit. Bestand an eigentlichen Lebensversicherungen mehr als 890 Millionen Mk. Bisher ausgezahlte Versicherungssummen mehr als 163 „ „ „ **Die stets hohen Ueberschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute,** bisher wurden ihnen 226 Millionen Mark zurückgewährt. **Sehr günstige Versicherungsbedingungen: Unverfallbarkeit** sofort, **Unanfechtbarkeit** und **Weltpolice** nach 2 Jahren. Prospekte und Auskunft kostenfrei durch den Vertreter der Bank: **Dr. Wilh. Rasch** in **Halle** (Saale), Albrechtstr. 35

Moderne Façons. Gute Passform.

Beste Qualität. Anerkannt billigste Preise sind die Vorzüge meiner Schuhwaren.

Als besonders preiswert empfehle:

Echt Box Calf H.-Schnürstiefel	7,00,	God. Welt	10,50.
„ Chevr. „ „	9,00,	„ „	11,00.
Echt Chevr. D.-Schnür- u. Knopfst. schwarz	7,50,	God. Welt	11,00.
Dieselben in allen Farben	9,00,	„ „	11,00.
„ Box Calf D.-Schnür- u. Knopfst.	7,00,	„ „	10,00.
Einen Posten farbige Ziegenl.-H.-Schnürst.	7,00,	Damenst.	5,50.

Schuhwarenhaus F. Kloppe Nachf.
Inh.: **H. Wiebach, Kl. Ulrichstr. 12.**
En gros. Wiederverkäufern hohen Rabatt. **En detail.**

Arnold Obersky Inh. Kath. Vieweg,

Korsett-Geschäft I. Ranges,
Halle a. S., Gr. Steinstraße 81.
Spezialität:
Korsetts
für starke Damen.
Frack-Korsetts
von Mk. 2.00 an.
Pariser Gürtel
von Mk. 1.25 an.
Reform-Korsetts
von Mk. 1.75 an.
Reparaturen und Korsettwäsche, auch von mir nicht gekaufter Korsetts, sofort und billig.

Kindermilch.

Durch Verschärfung der bestehenden Kontrollbestimmungen u. durch Erhöhung der Produktionskosten sehen wir uns gezwungen, vom 1. Juni d. Js. ab den Preis für unsere Vorzugsmilch (Kindermilch) im rohen Zustande von 24 auf 28 Pfennig, im sterilisierten Zustande von 34 auf 40 Pfg. zu erhöhen.

Hallesche Molkerei. Molkerei Trotha.
Molkerei Niemberg. Rittergut Passendorf.

Verreise

bis Ende Juni.
Die Herren **Dr. Eberius,** Heinrichstr. 19, u. **Dr. Kloetzsch,** Geiststr. 15, wollen mich vertreten.
Dr. Baeumler.

Bis 1. September
halte ich meine Sprechstunden 10—1 u. 3—4 (statt 6—7) Uhr ab.
Dr. Kuhn.

Spezial-Auskünfte
v. 6—15 M. üb. Vermög.- u. Fam.-Verh. a. a. Plätze erteilt diskr. u. gewissenh.
Auskunftei Carl Richter & Co.
Leipzig, Wintergartenstr. 6.

Stroh-Hüte

Chr. Voigt,

Leipzigerstr. 16. Tel. 2066.

Versuchen Sie
unsern Herren-Confektion
Wir machen auf die Eleganz, Qualität und gutes Sitz unserer Sachen zufrieden. Preise.
Ueberzieher 20-45 M.
Ulster u. Mäntel 12-45.0
Anzüge Silbern 12-20.0
Anzüge Seide 20-45.0
Hosen Seide 8-24.0
Winterhosen 8-15.0
Otto Knoll. Leipzig Hospital 36
Rabatt-Sammelkarten

Extrastarke
Kleereiter
mit sämtlichem Zubehör liefert billigst
Otto Bartlitz,
Holzhandlung und Dampfsägewerk,
Cöthen (Anhalt),
Fernspr. Nr. 10.

Kaiser-Cognac,

gesetzlich geschützte, preiswürdigste Marke

wird immer in derselben als vorzüglich bekannten Qualität geliefert.

Kaiser-Cognac **	1/1 Ltrfl.	ℳ 3.—
***	1/2 „ „	„ 1.70
	1/4 „ „	„ 3.—
	1/2 „ „	„ 1.70

Zu haben bei:
Ludw. Barth, Leipzigerstr. 80.
H. Bernhard, Adler-Apotheke.
Sprengel & Rink, Leipz. Str. 2.

Für die Feiertage haben wir unsere

gerösteten Kaffees

besonders sorgfältig und gut zusammengestellt und empfehlen nachstehende Sorten als **hervorragend schön:**

Feine Hamb. Mischung Pfd. 1,20,
feine Wiener Mischung Pfd. 1,60.

Bei Abnahme von halben und ganzen Pfunden **10% Rabatt in Spar-Marken.**

Karlsb. Kaffeegewürz und **Feigenkaffee** a Paket 20 und 40 Pfg.

Hocharomatische Tees, Souchong und **Melange** letzter Ernte, 1/4 Pfd. 0,50, 0,75 und 1,00.

Pottel & Broskowski.

Für Ausflug und Unterricht.

Mit zahlreichen kolorierten Abbildungen.

Zu dauerhaftem Leinenband jed. Bändch. 1.ℳ — Taschen-Format. — Bereits in vielen Auflage verbreitet.

Die Schmetterlinge.
Eine Anleitung zur Kenntnis der Schmetterlinge und Raupen, wie auch zur Anlage einer Schmetterlings- und Raupensammlung.
Von Dr. **G. Bernhardt.**
Mit 31 kol. Abbild. auf 6 Tafeln.

Die Käfer.
Eine Anleitung zur Kenntnis der Käfer, sowie zur Einrichtung einer Käfersammlung.
Von Dr. **G. Bernhardt.**
Neunte Auflage.
Mit 54 kol. Abbild. auf 5 Tafeln.

Der Botaniker.
Eine Anleitung zur Kenntnis der überall häufig vorkommenden Blütenpflanzen. Von **E. Schurig,** Sem.-Oberlehrer.
Mit 41 kolor. Abbildungen auf 4 Tafeln.

Der Mineralog.
Darstellung des Gesamtgebietes der Mineralogie. Für jugendliche Mineraliensammler. Bearb. v. Dr. **F. Teichmann.**
Mit Holzschnitten und einer Tafel mit 3 kol. Abbildungen.

Otto Hendel Verlag, Halle a. S.

Wittekind

Bad Wittekind m. altbewährter Heilquelle, deren stark radioaktive Sole von bester Wirkung ist: äusserlich in Form von Bädern gegen Skrophulose, Rheumatismen, Gicht, besond. gichtische Gelenkleiden, Frauen- und Hautkrankheiten; innerlich als Trinkbrunnen gegen Skrophulose, Rhachitis, Hämorrhoidalleiden, Würmer, Gelbsucht, Gallensteine, Zuckerkrankheit und Fettsucht. Ausser den Solbädern werden Moor- und Kohlensäure- und alle therapeutischen Bäder verabfolgt. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Für Kuren im Hause jodhaltiges Badesalz u. Salzbrunnen mit u. ohne Kohlensäure. Tel. 2675 od. 844.

Schreiberhau

710 Meter üb. d. Meere **Sanatorium Kurpark** Bahnst. Oberschreiberhau.

Herz- und Nervenheilstätte

Gute Heilerfolge bei Herz- und Nervenkranken, Erholungsbedürftigen, Rekonvaleszenten etc. Röntgendurchleuchtung Funktionelle Behandlung Uebungstherapie. Modernste Einrichtungen. Prosp. frei. Spezialbehandlung von Tropenkrankheiten. Aerzte: Dr. med. F. Schmidt, Herzspezialist, Dr. med. Chr. Rasch, Nervenarzt, früh. Anstaltsdirektor u. Chef-Arzt a. D.

Sanatorium Dr. Bunnemann
Ballenstedt a. Harz (Villa Friede)
für **Nervenleidende** und **Erholungsbedürftige.** Alle einschlig. Kurmittel. Elektrisches Licht. Zentralheizung. Komfort. Sonnige Waldlage. Sommer und Winter besucht. **Prospekt.**

Fernsprecher **Städtisches Eisen-Moor-Bad** Elektr. Licht
Bahnstation. **Schmiedeberg** Postbez. Halle.
Preisgekrönt: Sächs.-Thür. Industrie- u. Gewerbe-Ausst.
Vorzügl. Erfolge bei Gicht, Rheumatismus, Nerven- u. Frauenkrankheiten. Gesunde Waldgegend. Saison: 1. Mai bis Ende Septbr.
Prosp. u. Ausk. d. d. Städt. Bade-Verwalt. u. Badearzt Dr. med. Schütz.

Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle
Hotel Kronprinz nebst Villa Steinert. — Prospekt kostenlos.

Lauterberg im Harz. Südharzes. Perle des Prospekt frei durch Badekommissar Major a.D. v. Ernsthausen.

Eisenmoorbad Liebenwerda
Eisenbahnlinie **Kohlfurt-Falkenberg.** — Das ganze Jahr geöffnet.
Zeitgemäss eingerichtet. Ischias, Nerven- u. Unerschöpfl. Moorlager nahe d. Stadt. | Vorzüglichste Erfolge b. Gicht, Rheumatismus u. Frauenkrankheiten. | **Moorbäder,** Wannenbäder. — Dampf-, elektr. Licht-, Kohlensäure- u. sonst. Prospekte d. d. Badedirektion u. das Bürgermeisteramt.

Modewaren — Seidenwaren.
Anfertigung
bester Damenkleidung.

Besonders billig!
Paletot-Costume.

Franz Reich

Grosser
Ausverkauf
wegen
baulicher Veränderung.
Umtausch nicht gestattet!
Aenderungen werden berechnet!

Auf alle Seiden- und Wollstoffe 20% Preisermässigung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060531028/fragment/page=0004